

210/J XXI.GP

Anfrage

der Abgeordneten Dr. Pumberger, Dr. Povysil, Mag. Hartinger, Mag. Haupt und Kollegen an die Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales betreffend **verpflichtende Tbc - Untersuchungen**.

In regelmäßigen Abständen finden sich Zeitungsmeldungen in denen von Tuberkulosefällen in Österreich die Rede ist.

Es stellt sich daher die Frage, wie diese Krankheit in Österreich immer wieder Fuß fassen kann. Ganz ohne Zweifel wäre eine Früherkennung bei sogenannten „Risikogruppen als sinnvoller Hebel anzusehen, bei dem es anzusetzen gilt. Zu dieser Risikogruppe zählen jedenfalls Zuwanderer aus dem ehemaligen Ostblock, aus Afrika und Asien. Die Gesundheitsstandards in den genannten Regionen sind wesentlich schlechter als bei uns! So ist es auch gar nicht verwunderlich, daß Staaten wie die USA und Kanada oder Australien und Neuseeland ihren Zuwanderern strenge Gesundheitsuntersuchungen auferlegen.

Aber auch bei anderen Personenkreisen, wie etwa bei Prostituierten, Bewohnern von Obdachlosenheimen, Strafgefangenen und Schubhäftlingen, treten in größerer Häufigkeit Tuberkuloseerkrankungen auf.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an die Frau Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales nachstehende

Anfrage:

1. Teilen auch Sie die Ansicht der Fragesteller, daß bei Zuwanderern aus dem ehemaligen Ostblock, aus Afrika und Asien sowie bei Prostituierten, Bewohnern von Obdachlosenheimen, Strafgefangenen und Schubhäftlingen eine vermehrte Tuberkulosehäufigkeit auftritt und wenn nein, warum nicht?
2. Sind auch Sie der Meinung, daß eine Früherkennung das Ansteckungsrisiko verringern würde und die Zahl der Tuberkulosefälle in Österreich zum Rückgang zwingen würde und wenn nein, warum nicht?
3. Sehen auch Sie in verpflichtenden Tbc - Untersuchungen für die oben genannte Risikogruppe eine geeignete Maßnahme diese Früherkennung zu verwirklichen und wenn nein, warum nicht?
4. Was gedenkt Ihr Ressort konkret gegen die immer wiederkehrenden Tuberkulosefälle zu unternehmen?